

„Für ein soziales NRW!“

Politisches Frühjahrsfest der Caritas zur Landtagswahl

Herrliches Wetter im Dortmunder Westfalenpark, jede Menge fröhliche Menschen, Caritas-Verantwortliche im Gespräch mit Landtagskandidaten, eine Band auf der Bühne mit behinderten Menschen, die nicht nur „Gut drauf“ hieß, sondern auch Stimmung verbreitete – das politische Frühjahrsfest der Caritas in NRW hielt, was es versprach. Die Caritas präsentierte sich bunt, vielfältig, engagiert und kompetent. Klare Botschaft an Politiker und Wählerinnen und Wähler vor der Landtagswahl: Wir als Caritas in NRW treten ein für ein soziales Nordrhein-Westfalen!

Das tat mal richtig gut: „Sie haben dieses Kaiserwetter mit ihrer Arbeit auch verdient“, sagte Landtagspräsidentin Regina van Dinther, „weil Sie nicht wegzudenken sind aus der Gesellschaft Nordrhein-Westfalens“. Van Dinther sprach sich gegen einen „Ein-

heitsbrei im Sozialen“ aus. Unterschiedliche Menschen bräuchten auch unterschiedliche Ansprechpartner im Sozialbereich. Die Caritas mit ihrem christlichen Menschenbild sei da nicht wegzudenken. Die Caritas möchte auch nach der Landtags-



Herrliches Wetter, gute Laune, freundliche Gespräche beim politischen Frühjahrsfest in Dortmund: Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU) und Paderborns Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Fotos: Achim Pohl

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

wahl ein soziales NRW haben, darauf wies Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann hin. In den Gesprächen am Rande des Bühnenprogramms ging es daher beileibe nicht ums Wetter. Die zunehmende Ungleichheit der Lebensverhältnisse auch in unserem Bundesland ist eine der Herausforderung an die politischen Parteien. Auch Menschen, die arm, krank oder ausgegrenzt sind, hätten ein Recht auf selbstbestimmte Teilhabe, hieß es. Zu gleichwertigen und guten Lebensverhältnissen gehörten landeseinheitliche Kindergartenbeiträge, ein



Ein Fest für die Caritas-Familie.

kostenfreies Mittagessen für Kinder aus benachteiligten Familien und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Kinder. Hier sei die Landespolitik

besonders gefordert. Die in der Landesverfassung verankerte Lernmittelfreiheit müsse endlich ohne Einschränkung umgesetzt werden, forderte die Caritas.

Die sozialen Sicherungssysteme haben sich nach Auffassung der Caritas in NRW in der Finanz- und Wirtschaftskrise als verlässlich und weitgehend stabil erwiesen. Die Politik müsse aber auch nach der Landtagswahl dafür arbeiten, den Menschen gleiche und gerechte Lebenschancen zu bieten. „Wenn die Banken systemrelevant sind für das Wirtschaftssystem, dann sind Menschen am Rande systemrelevant für unsere Demokratie“, hieß es.

Mit ihrem „politischen Frühjahrsfest“ wollte die Caritas deutlich machen, dass auch Menschen, die arm, krank oder sonst besonders belastet sind, Anspruch auf Solidarität haben und selbst einen Beitrag zum Gemeinwesen beizusteuern haben. Als Caritas wahrgenommen werden, wo man hingehört, „an der Seite derer, die wir vertreten in unseren Diensten und Einrichtungen“, das sei das Ziel, sagte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel. ◀

Markus Lahrmann



Inklusion verwirklichen – aber wie?

Behindertenhilfe: Gesellschaftliche Teilhabe gibt es nicht zum Nulltarif

„Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen kann es nicht zum Nulltarif geben.“ Mit dieser Forderung wandte sich der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig beim politischen Frühjahrsfest der Caritas in NRW gegen die Gefahr, die seit einem Jahr auch in Deutschland geltende UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Hinweis auf die prekären öffentlichen Haushalte zu relativieren.



Hubert Hüppe (CDU), Bundesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen und Joachim John (li.), Bewohner einer ambulant betreuten WG.

Die Caritas werde alles dafür tun, dass die UN-Konvention kein unverbindliches Stück Papier bleibt, betonte Lüttig bei einer Talkrunde zum Thema Behindertenhilfe. Die Caritas sehe sich dabei in einer Doppelfunktion: Einerseits gehe es darum, weiterhin für qualitativ hochwertige Angebote der Behindertenhilfe zu sorgen, andererseits trete man als Anwalt von Menschen mit Behinderungen dafür ein, dass die Betroffenen sich selbst in die gesellschaftlichen Diskussionen um gleichberechtigte und volle Teilhabe einbringen.

Wie lässt sich diese in der UN-Konvention geforderte „Inklusion“ verwirklichen? Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, steht aufgrund persönlicher Erfahrungen für einen offensiven Kurs. Hüppe: „Wer Inklusion wirklich will, sucht Wege, sie zu verwirklichen.“ Das gelte besonders für die schulische Integration. „Wir haben dafür gekämpft, dass

unser mehrfach behinderter Sohn eine Regelschule besucht.“ Hüppe kritisiert, dass der Weg in einen Sonderkindergarten oder eine Sonderschule noch zu oft als der bequemere vorgezogen würde.

Monika Rüschenbeck, Mutter eines 37-jährigen behinderten Sohnes, wies hingegen auf die Grenzen der Inklusion hin: „Unsere Regelschulen sind so, wie wir sie kennen, nicht darauf vorbereitet“, betonte Frau Rüschenbeck, die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Angehörigenvertretungen in Caritas-Einrichtungen der Behindertenhilfe engagiert. Wir hätten hierzulande keine Verhältnisse wie in Finnland, wo sich drei Lehrer um 16 Schüler pro Klassen kümmern könnten. Die Gefahr sei groß, dass gerade geistig behinderte Kinder, die nicht in den Genuss von Frühförderung gekommen sind, hoffnungslos an Regelschulen untergingen.

Wie ein Leben in einer – geförderten und begleiteten – Selbstbestimmung aussehen kann, schilderte Joachim John aus Gelsenkirchen. Er lebt gemeinsam mit drei Mitbewohnern seit 2005 in einer vom Caritasverband betreuten Außenwohngruppe für Menschen mit Behinderungen. John ist rundweg zufrieden: „Man sollte alle Heim-



Die UN-Konvention erfordert mehr Inklusion – aber es wird weiterhin Einrichtungen geben. Moderatorin Jutta Loke im Gespräch mit Gerda Kieninger, SPD-Landtagsabgeordnete aus Dortmund; rechts Monika Rüschenbeck, Angehörigenvertreterin.



Für Stimmung sorgte „Gut drauf“ aus Brilon. Fotos: Achim Pohl

bewohner so fördern, dass sie irgendwann einmal in einer Wohngemeinschaft leben können.“ Auch Gerda Kieninger, Dortmunder SPD-Landtagsabgeordnete konnte sich diesem Wunsch anschließen. „Wir müssen Inklusion auf jeden Fall versuchen.“ Frau Kieninger bleibt jedoch realistisch: „Wir werden auch weiterhin Einrichtungen brauchen für Personen, die auf Unterstützung angewiesen sind.“ ◀

Jürgen Sauer

Lockerer Zugang zu sperrigen Themen

Das politische Frühjahrsfest bot nicht nur „intensive Gespräche“ (Paderborns Weihbischof Manfred Grothe), sondern auch Handfestes zum Anschauen und Mitmachen.

Wer Lust hatte, konnte an Aktionsständen sein interkulturelles Wissen testen, Schuldenfallen und Armut spielerisch erkunden oder beim Energiesparcheck des Caritasverbandes Dortmund alles über Stromfresser erfahren. Die Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn stellten ein Projekt vor, bei dem Caritas-Ehrenamtliche Hartz-IV-Empfänger bei Behördengängen begleiten. Die Ausstellung „Die Wucht des erlebten Schicksals“ bot Einblicke in die Biografien ehemals wohnungsloser Menschen. Präsent waren auch die Katholische Schwangerschaftsberatung im Erzbistum Paderborn, die Katholischen Sozialen Dienste Dortmund mit Infos über rechtliche Betreuungen sowie der Malteser Hilfsdienst Dortmund. Für die Bewirtung sorgten die Jugendberufshilfe des Caritasverbandes Dortmund, IN VIA Dortmund und die Integrationsfirma Josefsbrauerei Bigge. ◀ Jürgen Sauer

Selbstgelenkte Pflege ...

Das Pflegemobil – Ferne Vision oder nahe Zukunft?

Ein merkwürdiges Gefährt wurde im Dortmunder Westfalenpark enthüllt: Eine Kombination aus Motorrad und Pflegebett. Nahe Zukunft oder ferne Vision. Der Pflegemitarbeiter bringt die Pflege in Schwung, aber steuern muss dann der Gepflegte selbst – so die provokante Idee bei diesem Werk aus der Ausstellung „Pflegekunst“. Von selbstbestimmter Teilhabe war viel auf dem politischen Frühjahrsfest der Caritas die Rede, aber hier erreicht sie die Grenzen.

Die menschliche Zuwendung sah der CDU-Landtagskandidat Heinz-Dieter Kohaupt aus Hagen eingeschränkt durch den hohen



Der demographische Wandel erfordert neue Anstrengungen in der Pflege: Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders (re.) und Heinz-Dieter Kohaupt (CDU), Hagener Kandidat für den Landtag.

Anteil an Bürokratie, der von den Mitarbeitern verlangt werde: „Das kleine Streicheln kommt zu kurz“. Die Politik müsse daran arbeiten, dass sich das wieder ändere. Auch in der Ausbildung sah er noch Gestaltungsbedarf. Es könne doch nicht sein, dass eine Krankenschwester in der Altenpflege arbeiten könne, aber umgekehrt ein Altenpfleger nicht im Krankenhaus.

Ein Berufsfeld mit glänzenden Berufsaussichten sahen alle Gesprächspartner von Moderatorin Jutta Loke in der Pflege. „Das ist das einzige Berufsfeld, dass in der Krise nicht schwächelt“, erklärte Günther Nierhoff, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Krankenhäuser im Erzbistum Paderborn. Dass es keinen Mangel an Arbeit geben wird, verdeutlichte Reiner Priggen (Bündnis 90/Die Grünen): „Wir werden alle zwölf oder 15 Jahre älter“ als die vorherige Generation. Da sei ein großer Bedarf an

Unterstützung absehbar. Zu begrüßen sei die Vielfalt an Hilfen. Ziel müsse sein, „in jeder Lebensphase selbstbestimmt teilhaben zu können“. Nicht durch das eigenhändige Lenken des Pflegebetts aber durch die freie Wahl der Pflege und der Wohnform, in der man leben wolle.

Und die Position der Caritas? Die nächste Landesregierung muss nach Auffassung der Caritas in NRW dringend das Problem des zunehmenden Fachkräftemangels in der Pflege angehen. Es gelte jetzt, die Attraktivität des Pflegeberufs durch gezielte Nachwuchskampagnen zu verbessern

und Modelle zur Förderung von Wiedereinsteigern/innen in den Beruf zu entwickeln. Angesichts des Demographischen Wandels sollten auch lebensältere Umschüler die Möglichkeit erhalten, einen Pflegeberuf zu erlernen. Konkret schlägt die Caritas auch eine gemeinsame Ausbildung aller Pflegeberufe (Alten, Kranken- und Kinderpflege) unter einer gemeinsamen Berufsbezeichnung vor. ◀

Harald Westbeld



Ist häufig Gast bei Caritas-Veranstaltungen: Reiner Priggen, Landtagsabgeordneter aus Aachen (Bündnis 90/Die Grünen).



**Caritas –
so bunt wie das Leben**

Neben dem Geselligen ging der Zweck nicht verloren. Landtagsabgeordnete und -kandidaten aller Parteien stellten sich Diskussionen mit den Caritas-Mitarbeitern und ließen sich über die bunte Vielfalt sozialer Themen informieren.

Dass die Caritas so bunt sei und in dieser Vielfalt Hilfe in allen Lebenslagen und für alle Menschen anbietet, das schätze sie so an ihr. Das Lob von Landtagspräsidentin Regina van Dinther in ihrem Grußwort war Programm beim Politischen Frühjahrsfest der Caritas in NRW im Dortmunder Westfalenpark: Von afrikanischen Trommeln über eine neue integrationspolitisch korrekte Neubearbeitung von Schillers Räufern bis zu Wiederbelebungsversuchen der Malteser an ihrer geduldigen Puppe spannte sich der Bogen. Dazu lockten die Sonne und früh-



sommerliche Temperaturen zahlreiche Besucher an die Stände der Caritas und zu den drei Themenblöcken ins Forum.

Fachlich wurde es da, aber deshalb nicht trocken. Sketche und Musik vermittelten die Themen Pflege, Behindertenhilfe und Integration unterhaltsam und transportierten trotzdem das Anliegen der Caritas. Nicht zuletzt ging es um Begegnung. Viele Caritas-Mitarbeiter nutzten – zum Teil mit ihren Familien – die Möglichkeit, mit den Kollegen aus anderen Verbänden in lockerer Atmosphäre zu plaudern. ◀

Harald Westbeld

Flüchtlinge nicht übersehen!

Kritik an Ketten-Duldung und Abschiebedrohung

Schillers Räuber, gespielt von jungen Flüchtlingen, das ging unter die Haut. Gebannt verfolgten die Zuschauer unter dem Sonnensegel beim politischen Frühjahrsfest der Caritas in NRW die Aufführung des 200 Jahre alten Dramas mit Bezügen zur aktuellen Wirklichkeit. Schiller zeigt am Beispiel der Brüder Franz und Karl Mohr, dass Freiheit in Form von Gesetzlosigkeit das soziale Gefüge einer Gemeinschaft aus den Angeln hebt. Am Ende sind alle Beteiligten geschädigt.

Was für manchmal allzu satte Angehörige des klassischen Bildungsbürgertums in Deutschland als reines Gedankenexperiment daher kommt, gewinnt im Theaterprojekt von In VIA ungeahnte Brisanz: Wer entscheidet über Recht und Unrecht? Wie funktioniert eine Gesellschaft ohne Regeln?

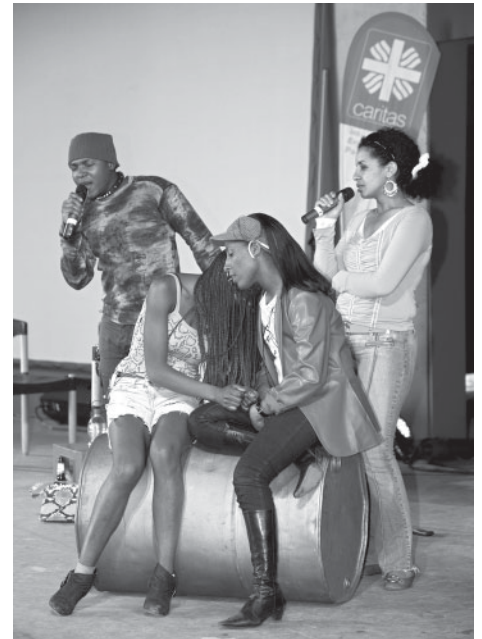


Klare Positionierung zum Thema Abschiebung und Bleibe-recht: Der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel mit zwei jungen Roma, die seit 18 Jahren nur geduldet sind.

Was ist der Preis von Freiheit? Die Darsteller, überwiegend junge Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, übersetzten solche Fragen in eine Wirklichkeit, die für sie existentielle Bedrohungen bereit hält. Wer nur geduldet ist, muss ständig damit rechnen, abgeschoben zu werden. So wie die Brüder Jugoslav und Jastreb Silimovic, zwei jungen Roma aus Montenegro. Sie leben seit 18 Jahren in Deutschland, sprechen besser deutsch als serbisch und sind trotzdem akut von der Abschiebung bedroht, weil das ehemalige Jugoslawien jetzt wieder als sicher gilt und Deutschland ein Rückführungsabkommen unterzeichnet hat. Rund 10 000 Roma droht nun die Abschiebung.

„Die Caritas und die deutschen Bischöfe sprechen in dieser Frage eine besonders klare Sprache“, sagte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank J. Hensel. „Diese Menschen gehörten hier“, betonte er. Man müsse bei jedem, der zurückgeführt werde, ganz genau hinschauen, was denn die „angeblich gesicherten Verhältnisse“ in den Abschiebungsländern seien.

Hensel sprach noch ein weiteres Thema an, das Problem der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Zwar gebe es in Dortmund inzwischen eine Clearingstelle, die helfe. Doch so etwas brauche man flächendeckend im ganzen Land. „Das ist Landespolitik“, sagte Hensel. Die Wähler sollten die Politiker „durchaus daran messen“, ob sie sich nur rühren lassen von Flüchtlingen, oder ob sie auch etwas für sie tun. „Das sind junge Menschen, die nichts haben, die trotzdem Arbeit suchen, in der



Junge Flüchtlinge lernen über das Theater-Spielen Disziplin trotz einer unsicheren Perspektive, Flexibilität bei unerwarteten Hürden und Respekt vor anderen Kulturen und Lebenseinstellungen.



„Es ist gut, wenn viele Ehrenamtliche und auch die Hauptamtlichen aus den Diensten und Einrichtungen für die Caritas auf die Straßen und Plätze treten und ihre gute Arbeit präsentieren.“ Moderatorin Jutta Loke und die Diözesan-Caritasdirektoren Andreas Meiwes, (Essen) und Heinz-Josef Kessmann (Münster). Fotos: Achim Pohl.

Regel bildungsinteressiert sind und nichts anderes wollen als das, was wir alle wollen“, sagte Hensel. ◀

Synopse der Wahlprogramme zur Landtagswahl

Was sagen die Parteien in ihren Wahlprogrammen zur Sozialpolitik? Wie wollen sie die Wählerinnen und Wähler zur Landtagswahl gewinnen und von ihrer Politik überzeugen? Eine Synopse der Wahlprogramme zur Landtagswahl in

NRW am 9. Mai mit Kernaussagen zu den Themen Behindertenhilfe, Ehrenamt, Gesundheits- und Altenhilfe, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie Soziale Sicherung und Integration findet Sie im Internet unter http://www.caritas-nrw.de/downloads/sonstige_downloads/synopse_wahlprogramme_2010_190410.pdf

„Fatales Integrationssignal“

Caritas für Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsgesetz

Die Regelung widerspricht der Integrationspolitik aller demokratischen Parteien. Zehntausende junge Deutsche aus Einwandererfamilien werden in den kommenden Jahren per Amtsbrief aufgefordert, sich für oder gegen die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Die Caritas in NRW fordert die Abschaffung der Regelung, die das „Deutschsein auf Abruf“ begründet.

Den Aufruf „Sie gehören zu uns! – Wider den Optionszwang für die Kinder unseres Landes“ haben die Diözesan-Caritasverbände in NRW unterzeichnet. In den kommenden Jahren werden Tausende von jungen Menschen, die als Deutsche aufgewachsen sind und hier arbeiten, wählen und leben, von den Behörden aufgefordert, sich für eine ihrer Staatsangehörigkeiten zu entscheiden. „Die jungen Menschen empfinden diesen Optionszwang als einen Ausdruck staatlichen Misstrauens und fühlen ihre Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft infrage gestellt“, sagt Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in NRW.

Die Caritas in NRW halte den Optionszwang für bürokratischen Unsinn und das integrationspolitische Signal für fatal. „Unser Land signalisiert ihnen damit, dass sie nicht ganz dazugehören, dass sie Deutsche auf Abruf sind“, meint Kessmann. Das sei ein Fehler: „Wir wollen und dürfen diese jungen Menschen mit ihren zahlreichen Talenten nicht verlieren. Weil sie zu uns gehören. Und wir zu ihnen“, so der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor.

Die sogenannte Optionsregel geht zurück auf die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts. Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern zusätzlich zu deren Staatsangehörigkeit einen deutschen Pass, vorausgesetzt, die Eltern haben ein dauerndes Aufenthaltsrecht. Die Kinder müssen sich mit 18 Jahren, spätestens aber bis zum 23. Geburtstag für eine Nationalität entscheiden. Tun sie das nicht, verlieren sie automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Aufgrund einer Sonderregel konnten im Jahr 2000 auch Kinder unter zehn Jahren den deutschen Pass zusätzlich bekommen. Die ersten aus dieser Gruppe wurden 2008 volljährig. Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung haben sich bereits Hunderte Zuwan-

derer Kinder entschieden – fast immer für den deutschen Pass. Mehr als 95 Prozent wollten Deutsche bleiben. Das zeigt: Die überwiegende Zahl der Zuwanderer-Kinder fühlt sich in Deutschland heimisch. Gleichzeitig wird aber auch ein großer Mangel im Gesetz deutlich: Viele Betroffene schieben die Entscheidung auf oder reagieren auf die Behördenbriefe gar nicht. Die Doppelstaatler müssen mit hohem bürokratischem Aufwand ermittelt werden. Alle wird man nicht erfassen können. Diese verlieren dann ihren Pass, ohne überhaupt davon zu erfahren, obwohl sie in Deutschland aufgewachsen sind.

Integrationsexperten halten das Gesetz

auch deswegen für schädlich, weil es so gestrickt wurde, dass es vor allem Deutsch-Türken trifft. EU-Bürger und Spätaussiedler dürfen ihren alten Pass behalten. Selbst Marokkaner sind ausgenommen, weil das Land niemanden aus seiner Staatsbürgerschaft entlässt. Ausgerechnet den Deutsch-Türken aber, so schrieb die Süddeutsche, um deren Integration sich der Staat offiziell besonders bemüht, wird mit der ungleichen Behandlung zu verstehen gegeben, dass sie Deutsche zweiter Klasse sind.

Die Caritas in NRW unterstützt daher die zentrale Forderung: „Ein schneller Verzicht auf den Optionszwang würde eine ungerechte Behandlung dieser Jugendlichen beenden und ein negatives integrationspolitisches Signal verhindern. Sie sollten ebenso wie jene Jugendlichen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die einen deutschen Elternteil haben, beide Staatsangehörigkeiten dauerhaft behalten können. Deshalb muss die Optionspflicht abgeschafft werden – und das Geburtsortsrecht bleiben.“

Hinweis: Der komplette Aufruf steht unter www.wider-den-optionszwang.de. ◀

„Jobmotor“ Pflege: Qualität muss stimmen

Caritas unterstützt Aktionsplan Altenpflege 2010

Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn unterstützt den von Landessozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) angekündigten Aktionsplan Altenpflege 2010. Der Aktionsplan sieht vor, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und bis zu 1 000 zusätzliche Bildungsgutscheine für die Umschulung zur Fachkraft in der Altenpflege auszugeben.

Die Umschulungen für Arbeitslose werden aus der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ des Bundes finanziert. „Angesichts des drohenden Personalmangels in den Einrichtungen und Diensten unterstützen wir diese Initiative nach Kräften“, so Bernhard Möllenhoff vom Diözesan-Caritasverband. Die Caritas verstehe sich als idealer Partner, der über lange Erfahrung in der Pflegeausbildung und ein dichtes Netz von Ausbildungsstätten verfüge.

Die in dem Aktionsplan vorgesehene Zuwendung für Arbeitgeber, die einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schaffen, sei zwar ehrenwert, stehe aber in keiner Relation zu den tatsächlichen Ausbildungskosten. „Wir reden von

einem landesseitigen Zuschuss von 7.500 Euro. Dem gegenüber stehen rund 43.000 Euro, die die Arbeitgeber für einen Ausbildungsplatz aufbringen müssen“, betont Möllenhoff.

Angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Zahl der Pflegebedürftigen in NRW auf rund 650 000 Personen im Jahr 2020 werde der Bedarf an qualifizierten Altenpflegefachkräften deutlich zunehmen. Möllenhoff: „Pflege wird zum Jobmotor, aber nicht um jeden Preis.“ Die Qualität der Versorgung müsse auch bei Programmen wie dem Aktionsplan Altenpflege an erster Stelle stehen. In keinem anderen Dienstleistungsbereich hänge die Versorgungsqualität so sehr an qualifizierten Mitarbeitern wie in der Pflege. ◀

Frauenhäuser protestieren vor dem Landtag

Finanzierung nicht nach Kassenlage – Aktionen bekräftigen Forderung nach rechtlicher Absicherung

Mit einer Demonstration vor dem nordrhein-westfälischen Landtag haben die Frauenhäuser ihre Forderung nach einer rechtlichen Absicherung bekräftigt. Rund 10 000 Frauen und Kinder suchen jährlich Schutz in den 62 Einrichtungen im Land NRW. Trotzdem steht ihre Existenz auch nach 33 Jahren weiterhin auf wackligen Füßen.

Nach wie vor ist die Finanzierung eine „freiwillige Leistung“ von Land und Kommunen und hängt von der „Kassenlage“ und dem politischen Willen ab. Rund 500 Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser forderten lautstark eine sichere Finanzierung. Viele Landtagsabgeordnete stellten sich der Diskussion mit den Frauen. Gut vertreten waren die katholischen Frauenhäuser im Land. 14 von 15 schlossen sich dem Protest an. Die Demonstration war Höhepunkt der Kampagne „Schwere Wege leicht machen“, bei der bisher mehrere Zehntausend Unterschriften für eine einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser auf gesetzlicher Grundlage gesammelt wurden.

Wie beliebig die Bewilligung von Mitteln ist, haben die Frauenhäuser bei der großen Kürzungsrunde im Etat 2006 schmerzlich erleben müssen. Allen Protesten zum Trotz wurden die Gelder um 30 Prozent gekürzt. Dies führte dazu, dass in jedem Frauenhaus eine Stelle gestrichen wurde.

Gleichzeitig wird aber von den Frauenhäusern immer mehr verlangt. Sie sollen das Gewaltschutzgesetz umsetzen, sich an runden Tischen mit Polizei, Justiz und Jugendhilfe beteiligen und die Frauen darin begleiten, ihre Ansprüche auf Sozialleistungen durchzusetzen.

Nach Ansicht der Konferenz der Frauenhäuser NRW, in der die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser in NRW gemeinsame Ziele verfolgen, verlangt schon das Grundgesetz eine rechtliche Absicherung der Finanzierung. Artikel 2 verpflichtet den Staat, Frauen und ihre Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen.

Die sozial- und frauenpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Barbara Steffens, beklagte Versäumnisse der schwarz-gelben Landesregierung. Sollte es nach den Landtagswahlen zu einem Regierungswechsel kommen, werde es keine Kürzungen mehr geben. Jede Frau müsse den Schutz bekommen, den sie brauche, so Steffens. ◀



Auf ihre Not wiesen Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen der Frauenhäuser aus dem ganzen Land auf der Demonstration vor dem Landtag mit vielen Aktionen hin. Foto: Harald Westbeld

Wie wirksam?

Caritas NRW evaluiert existenzunterstützende Angebote

Suppenküchen, Kleidershops, Möbelhäuser, Tafelläden, Warenkörbe, Lebensmittelgutscheinausgaben und Sozialkaufhäuser – immer mehr Pfarrgemeinden und Caritas-Träger unterhalten eines oder mehrere dieser existenzunterstützenden Angebote. Mit wachsender Armut kommen immer öfter neue Angebote hinzu. Doch was leisten sie wirklich? Wie wirksam sind sie? Das will die Caritas in NRW jetzt mit einer Studie untersuchen.

Existenzunterstützende Angebote sind sehr heterogen. Sie unterscheiden sich in ihrer Zielsetzung, ihrer individuellen Philosophie, bezogen auf das Helfen, auf Armutsbekämpfung und Klientensicht. Manche geben die Lebensmittel an Einrichtungen und Dienste, manche an Bedürftige aus; einige haben die Lebensmittelausgabe an eine Begegnungsstätte gekoppelt, andere bieten Kochkurse und Beratung an, wieder andere geben ein warmes Essen gegen eine kleine Gebühr ab; einige verlangen den ALG-II- oder SGB-XII-Bescheid zum Nachweis der Bedürftigkeit, andere nicht; einige geben Tüten heraus, bei anderen können die Betroffenen selbst auswählen.

Mittlerweile rückt die Frage nach dem Sinn solcher Ausgabestellen angesichts wachsender Nutzerzahlen immer häufiger in den Mittelpunkt. Angesichts einer äußerst unklaren Datenlage über die Dimension existenzunterstützender Angebote von gemeindlichen und verbandlichen katholischen Trägern in den fünf Diözesen Nord-rhein-Westfalens (Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn) haben die Diözesan-Caritasverbände die Forschergruppe Tafelmonitor (Leitung Prof. Stefan Selke, Furtwangen, und Prof. Katja Maar, Esslingen) mit einer Evaluation beauftragt. Die Ergebnisse dieser Studie sollen bei einer Fachtagung für gemeindliche und caritative Träger, für ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter von existenzunterstützenden Angeboten am 5. Oktober 2010 in Krefeld präsentiert und diskutiert werden. ◀

Dr. Ulrich Thien

Lichtblicke bei 3 Millionen

Oberhausen – Der neue Spendenrekord fiel diesmal kurz vor Ostern: Erstmals in der Geschichte der Aktion Lichtblicke konnte die 3-Millionen-Euro-Grenze so früh in der Spendensaison überschritten werden. In der vergangenen Saison wurde diese Marke erst Mitte Juli erreicht. Im Stichtagsvergleich zu 2009 bedeutet das ein Spenden-Plus von rund 250.000 Euro. „Wir freuen uns sehr, dass schon am 23. März unglaubliche drei Millionen Euro innerhalb eines halben Jahres für Lichtblicke eingegangen sind“, sagte Alfred Hovestädt, Vorstandsvorsitzender der Aktion Lichtblicke. Die Spendenaktion wurde 1998 von den 45 NRW-Lokalradios, den Caritasverbänden der fünf Bistümer und der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe gegründet. ◀

Kurablehnungen gestiegen

Aachen – Jeder vierte Antrag auf eine Mutter-Kind-Kur ist im vergangenen Jahr im Bistum Aachen abgelehnt worden. Der Caritasverband kritisierte den massiven Anstieg dieser Zahlen und empfahl, im Einzelfall Widerspruch einzulegen. „Im Jahr 2009 waren rund 60 Prozent der mit Unterstützung von Beratungsstellen eingelegten Widersprüche erfolgreich“, sagte Resi Conrads-Mathar, Geschäftsführerin der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Müttergenesung im Bistum Aachen. ◀

Junge Flüchtlinge mitnehmen

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW hat dazu aufgerufen, junge Flüchtlinge an Ferienfreizeiten im In- und Ausland zu beteiligen. Die Ausländerbehörden wurden gebeten, möglichst großzügig für die Dauer der Reise befristete Aufenthaltserlaubnisse auszustellen. Dadurch werde zum Ende der Fahrt die Wiedereinreise nach Deutschland möglich. Gemeinschaft erleben, Freundschaften schließen und Anerkennung erfahren – Ferienfreizeiten sind wichtige Orte zum Lernen und Erholen. Flüchtlingskinder

können diese wichtigen Angebote nur wahrnehmen, wenn Jugendverbände, Vereine und Initiativen sie mitnehmen. ◀

Kitas brauchen mehr Mittel

Essen – Die höhere Nachfrage von Eltern nach Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten erfordert zusätzliche Anstrengungen des Landes bei der Finanzierung. Darauf hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) hingewiesen. „Der tatsächliche Betreuungsbedarf von Familien auch für Kinder unter drei Jahren wurde bislang unterschätzt“, sagte der LAG-Vorsitzende Andreas Meiwes. Kritisiert wurden auch die regional unterschiedlichen Elternbeiträge und der Sanierungsstau aufgrund der Kürzungen bei den Sachkostenmitteln. Insgesamt zogen die Verbände eine gemischte Bilanz des KiBiz. ◀

Kampagnenthema 2012

Die Jahreskampagne 2012 wird das Thema „Solidarität und Gesundheit“ aufgreifen. Das beschloss der Caritasrat des Deutschen Caritasverbandes im März. Zudem sprach sich der Caritasrat nach der Teilhabe-Initiative, die bis Ende 2011 läuft, für eine neue Initiative zum Thema „Solidarität/Zusammenhalt der Gesellschaft“ aus. Die Delegiertenversammlung im Oktober 2010 muss diese noch beschließen. ◀

Sexuelle Gewalt: Behinderte brauchen mehr Schutz

Paderborn – Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn hat jetzt erste Ergebnisse eines dreijährigen Projektes zum Schutz von Menschen mit geistiger Behinderung vor sexueller Gewalt vorgelegt. Fazit: Menschen mit Lern- oder geistiger Behinderung sind zwar weitaus stärker von sexuellen Übergriffen und Gewalt betroffen als Personen ohne Behinderung – Statistiken sprechen von einem vierfach erhöhten Risiko –, doch spezielle Beratungs- oder gar Therapieangebote gibt es für die Opfer nicht. „Damit ignoriert unser Staat wesent-

liche Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention“, betont Michael Brohl vom Diözesan-Caritasverband. Die Konvention verlange, dass Frauen und Kinder mit geistiger Behinderung in besonderer Weise vor sexuellen Übergriffen zu schützen sind und ihnen Hilfen zur Bewältigung ihrer Erfahrungen angeboten werden. Solche Regelangebote gebe es in Deutschland nicht. ◀

Heimatbilder: Fotowettbewerb „ZusammenLeben“

Die Vielfalt der Menschen und ihre Lebensweisen in den Blick nehmen – das will der Fotowettbewerb „ZusammenLeben“ von Aktion Mensch und Caritas. Gesucht werden Bilder, die sich mit den Themen Herkunft und Heimat auseinandersetzen. Diese können inklusive aussagekräftigen Untertiteln per Post oder Mail an die Aktion Mensch geschickt oder im Internet unter <http://dieGesellschafter.de/Fotowettbewerb> hochgeladen werden. Dort finden Interessierte auch die Teilnahmeunterlagen. Der Einsendeschluss wurde nun bis zum 31. Mai verlängert. ◀ *cpd*

Europaforum

Unter dem Schlagwort „Europa 2020“ diskutiert Brüssel zurzeit die europäischen Leitlinien für das nächste Jahrzehnt. Welche sozialen Ziele setzt sich Europa für diesen Zeitraum, und welchen Stellenwert haben sie? Was hat Europa aus der Finanzkrise gelernt? Wie definiert Europa die soziale Dimension von Wachstum?

Die Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn veranstalten zum Thema „Europa 2020 – und die Armen?“ ein Europaforum

26. bis 27. Mai 2010

Katholische Akademie Schwerte

Infos unter www.caritas-nrw.de, Anmeldungen über Tel. 05251/2 09-313 oder E-Mail: europa@caritas-paderborn.de ◀

Helfen und Gewinnen

Die Lotterie für Caritas-Einrichtungen

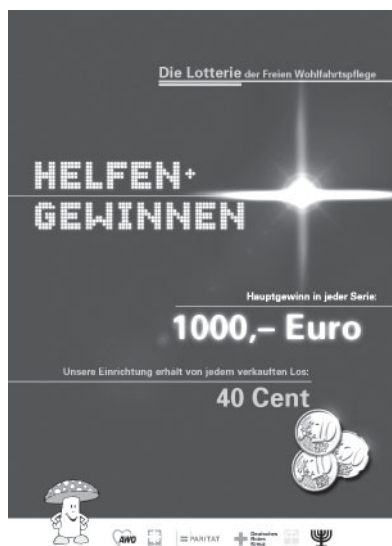


Vielen sozialen Einrichtungen fehlt Geld. Da braucht ein Kindergarten ein neues Klettergerüst, das Jugendheim eine Video-Ausrüstung, der Seniorentreff will einen Ausflug machen und, und, und. Doch woher nehmen?, fragen sich Mitarbeiter und Geschäftsführung oft. Die Lotterie „Helfen und Gewinnen“ ist da eine Möglichkeit, sich zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen.

Lose verkaufen bringt Geld! Der Preis beträgt immer 1 Euro. Die Verkaufszeit ist vom 1. Mai bis zum 31. Dezember festgelegt. Von jedem verkauften Los stehen 40 Cent der losverkaufenden Stelle zur freien Verfügung – und zwar steuerfrei. Die übrigen 60 Cent werden für Geldgewinne, Werbung und Sachkosten benötigt. Die Beteiligung an der Lotterie lohnt sich also. Es gibt immer wieder Gelegenheiten, nebenbei und ohne großen Aufwand Lose zu verkaufen: auf Sommerfesten, Jubiläen, Pfarrfesten, Sportfesten, in Altenheimen und Kindergärten, auf Messen, Geburtstagen, Betriebsfeiern, Weihnachtsmärkten, in Fußgängerzonen, im Bekanntenkreis ... Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Zusätzlich können Losverkäufer selbst auch noch gewinnen (Aktion 100 : 1).

Lose gibt es bei der Lotteriegeschäftsstelle. Abgepackt sind sie zu je 200 Stück und werden in Kommission abgegeben. Unverkaufte Lose können also ohne Probleme wieder zurückgegeben werden. ◀

Alle Infos und Werbematerialien unter: www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de



Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,

Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de, Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Abo-Fragen: Monika Heinemann, Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527